

Im Auge - Washington II

Im März diesen Jahres bin ich zum zweiten Mal in Washington, in gleicher Sache, der freiheitsberaubenden Massenausspähung von Europäern durch die NSA.

Wie 2013 trafen wir als EP- Delegation des Innenausschusses verschiedene Ministerien, für Justiz, für Handel, für Finanzen, diverse Vertreter von Instituten und hochrangige Offiziere der Sicherheitsdienste, Kongressabgeordnete und Senatoren.

Wie zerrissen das Land ist, zeigten zwei völlig gegensätzliche Tendenzen. Zum einen ist es tatsächlich dem Druck insbesondere der EU-Parlamentarier zu verdanken, dass jetzt - übrigens auch zum zweiten Mal - eine Gesetzesvorlage in die Pipeline gekommen ist, nach der US-Amerikaner und Nicht-US-Amerikaner rechtlich gleichgestellt werden sollen. Dieser Grundsatz, der im europäischen Recht seit langem verankert ist, soll nun nachgeholt werden. Auf diese Weise wird es einfacher, sich rechtlich zu wehren, wenn man in den USA Widerspruch gegen polizeiliche oder andere Praxis einlegen will. So soll es künftig möglich sein, dass personenbezogene Daten von Europäern einen Schutz nach US-Recht erhalten können. Das ist zweifelsohne ein Fortschritt, der sich auch in dem Grundlagengesetz „Bill of Freedom Rights“ niederschlagen soll. Dazu laufen jetzt die Verhandlungen im Senat und Repräsentantenhaus. Ganz klar ist, dass Edward Snowdens Enthüllungen dazu wesentlich beigetragen haben. Auch soll die pauschale Massenüberwachung von allem und jedem durch die Geheimdienste nicht mehr so möglich sein, wird zumindest behauptet. Eine Reform der Geheimdienste soll dazu dienen, Zweckbestimmung und Löschvorschriften zu konkretisieren. Spannender sind die scheunentorgroßen Ausnahmeregelungen, die pauschale Massendatensammlung und -verarbeitung weiterhin erlauben. Auch mehr Kontrolle soll es geben. Das sind einige beachtliche Schritte nach vorn, die auf Druck des Präsidenten und gegen den Widerstand der Geheimdienste auf den Weg kommen sollen.

Zum anderen ist aus dem einstigen Land der unbegrenzten Möglichkeiten ist ein sichtbarer Hochsicherheitstrakt geworden. Obwohl wir eine offizielle und natürlich angemeldete Delegation des Europaparlamentes waren, wurden wir überall den peinlichsten Kontrollen unterzogen. Im Flughafen zwang man mich, als ich den offiziellen Ausgang suchte, alle Fingerabdrücke abzugeben, danach wurde

mein Pass kopiert, später musste ich durch eine Körperscanner-Schleuse, vorher wurde mein Gepäck durchwühlt. Alles mit vorgehaltener Waffe. So ging es im Grunde überall zu. Den Tiefpunkt erlebten wir im US-Finanzministerium, vor dem wir uns wie Verdächtige links aufzustellen hatten. Unsere Ausweise wurden kopiert.

Im Haus ging es dann mit Kontrollen von Taschen und Jacken weiter, Wasserflaschen durften nicht mitgenommen werden. Wie weit die Überwachung fortgeschritten ist, begriffen wir im National Security Center, in dem alle Daten, die über Fluggäste und in die USA Einreisende gesammelt



und verarbeitet werden. Dieses Center, „das Auge“, kontrolliert sämtliche Passagierdaten zur Ein- und Ausreise in die USA. An 300 Kontrollflughäfen der Welt stehen US-Beamte, wie z.B. auch in Frankfurt/Main. (Sie machen 40% des gesamten US-Flughafenpersonals aus.) Es erfolgt ein umfangreiches Datenscreening: vom Beantragen des Visums, über die Buchung von Flügen, die Flüge selbst, Ankunft und Verlauf des Besuches in den USA bis hin zur Ausreise.

Es werden weltweit 280.000 Flüge im Jahr erfasst. Ca. 20 Personen werden am Tag „aufgefischt“ und an Behörden gemeldet. Die Rate an rechtskräftig verurteilten Personen wurde uns allerdings vorenthalten, weil das National Security Center damit nichts zutun hat. Die Beamten erhalten bei „Treffern“ auf ihr Blackberry Infos von Behörden geschickt. Es gibt das so genannte Echtzeit-Screening. Danach kommt die Analyse der Daten. Diese Daten werden gekoppelt an Infos der Geheimdienste.

Die automatisierten Systeme liefern Daten, die dann durch Beamte analysiert werden. Es gibt sogar eine Kommission für die Prüfung von Verletzungen der Privatsphäre. Es werden ESTA/VISA-Daten, Fluggastdaten und die APIS-Daten zusammengeführt. Weitergehende Kontaktdaten werden aufgerufen, wenn jemand in den Verdächtigenkreis gerät: Adressen, Telefonnummern, Hoteladressen, Restaurants und Reiseagenturen.

„Falls jemand verdächtig ist, dann wird er aus dem Verkehr gezogen“

Alle drei Monate werden aus Sicherheitsgründen neue Zielfindungsregeln ausgegeben. Alle ermittelten Daten werden an das Homeland Security Ministerium übermittelt. Dort wird geklärt, wer „verdächtig“ oder „unverdächtig“ ist. Falls jemand verdächtig ist, dann wird er „aus dem Verkehr gezogen“, er erhält ein Flugverbot und kann nicht in die USA einreisen. Die Ermittlungen durch die Polizei erfolgen danach. Das ist nur ein System der Überwachung



in den USA. Grundprinzip ist immer, dass die Gefahr von Nichtamerikanern ausgeht. Das prägt auch ein entsprechendes Sicherheitsdenken. Und man spürt auch bei den Beamten den Druck, der dann weitergegeben wird. Dieser „Sicherheitswahn“ durchzieht alle behördlichen Vorgänge, prägt Denken und Handlungsmuster der Akteure. Dies zeigt ein weiteres Mal, welche Rolle Daten und Datenerfassung in der Gesellschaft spielen. Daten sind nachhaltig, erweiterbar und kombinierbar. Sie und insbesondere ihre Verwendung bestimmen die Gesellschaft in immer größerem Umfang. Und so steht die Frage, welche Freiheit die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft haben kann und soll, wie frei er agieren kann und in welchem Umfang es noch Privatheit gibt.

Energieunion - Chance für erneuerbare Energien?

Die Klima- und Energiepolitik befindet sich derzeit in der entscheidenden Phase. Im Dezember soll in Paris ein neues internationales Klimaabkommen auf der UN-Klimakonferenz abgeschlossen werden, um die Reduktion von Treibhausgasen zum Schutz des Klimas vereinbaren zu können. Im Februar hat die Europäische Kommission ihre Mitteilung zur Energieunion vorgelegt. Die Diskussion über die klimapolitischen Ambitionen ist von vers. Interessen geprägt, und von der Diskussion über die Energieunion nicht zu trennen, die sich auch im Industrieausschuss des Europaparlaments abspielt. Einige Interessenvertreter der Industrie versuchen zu argumentieren, der Handel mit CO₂-Emissionszertifikaten wäre ausreichend für den Klimaschutz und man müsse die Erneuerbaren Energien nicht weiter fördern. Das entspricht jedoch nicht den Tatsachen. Ganz abgesehen davon, dass die Verpflichtung der Industrie, für den Ausstoß von CO₂ Zertifikate käuflich zu erwerben, ein Witz ist, wenn man sich anschaut, wie billig die CO₂-Zertifikate derzeit sind: für fünf bis sechs Euro darf man eine Tonne CO₂ (oder vergleichbare Treibhausgase) in die Luft blasen. Damit ist kein Klimaschutz zu erreichen, denn die Zertifikate sind viel zu billig. Solch ein Zertifikat müsste mindestens 70 Euro kosten, um neue Anschaffungen von CO₂-armen Technologien zu veranlassen. Die Kommission hat eine Reform des Zertifikatehandels vorgeschlagen, und je nachdem, wie die Verhandlungen ausgehen, können kleine Verbesserungen erreicht werden. Dieses System müsste grundsätzlich überarbeitet oder gar ein Mindestpreis für eine Tonne CO₂ eingeführt werden! Es geht nicht nur um Klimaschutz, es geht auch darum, den Wechsel zu Erneuerbaren Energien in der EU zu schaffen. Die Pläne der Kommission zur Schaffung einer Energieunion atmen leider den Geist fossiler Brennstoffe: Es sollen Milliarden in den Bau von neuen Gas-Pipelines gesteckt werden, um unabhängig von russischem Gas zu werden. Diese Investitionsentscheidungen werden uns für die nächsten Jahrzehnte an das Gas binden, obwohl wir dringend den Ausbau von Erneuerbaren Energien brauchen. Wir brauchen einen intelligenten Ausbau der Netze, der eine verstärkte Einspeisung von Erneuerbaren Energien ermöglicht, und mehr Investitionen in die Forschung, um auch die Speicherung von Erneuerbaren Energien zu ermöglichen. Wir können keine Kürzung des europäischen Forschungsprogramms Horizon 2020 hinnehmen, denn hier werden wichtige Grundlagen für die Weiterentwicklung von Technologien gelegt.